

Leserbrief: Energiewende durch Kostenwahrheit

Thema	Energiewende durch Kostenwahrheit
Für Rückfragen	Joel Drittenbass, Präsident Grünliberale Andwil, Tel. +41 79 332 25 91, joel.drittenbass@gmail.com ;
Absender	Grünliberale Partei Andwil, 9204 Andwil Tel +41 71 385 84 40 eMail: andwil@grunliberale.ch , www.andwil.grunliberale.ch
Datum	04. September 2013

Energiewende durch Kostenwahrheit

Die St.Galler SP fordert in ihrer kantonalen Volksinitiative 50 Millionen für die Förderung der erneuerbaren Energien. Heute investiert der Kanton St.Gallen pro Einwohner 5.20 Franken zur Förderung der erneuerbaren Energien. Das mag im Vergleich zu anderen Kantonen wenig sein. Doch die Initiative der SP schießt in zweierlei Hinsicht über das Ziel hinaus: Erstens ist es meines Erachtens heikel, wenn der Kanton die Energiewende durch Finanzmittel aus dem allgemeinen Staatshaushalt finanziert. Diese Mittel fehlen schlussendlich im Bereich der Bildung, Forschung und im Gesundheitswesen. Zweitens verkennt diese Initiative die Grundproblematik in der Energiepolitik. Es geht nicht an, dass der Staat die Kernkraftbetreiber für den Fall eines atomaren Grossunfalles „versichert“. Diese faktische Staatsgarantie ist nicht nur ein unerhörter Kunstfehler des Bundesgesetzgebers, sondern auch Mitursache, weshalb der Preis für Atomstrom künstlich tief gehalten werden kann. Folge dieser versteckten Subventionierung der Atomkraft ist die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der erneuerbaren Energien. Um die Absurdität zu vervollständigen, wird die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der erneuerbaren Energien durch eine weitere Subventionierung wettgemacht. Daher fordere ich als Grünliberaler die Abschaffung der faktischen Staatsgarantie für AKW-Betreiber, weil diese Subventionierung anti-liberal und marktverzerrend ist sowie einer ökologischen Entwicklung zuwiderläuft. Die Energiewende ist durch die Etablierung der Kostenwahrheit ohne staatliche Eingriffe möglich. Vorläufig jedoch ist dem Kompromiss von GLP-Kantonsrat Martin Wicki, welcher die Erhöhung der Finanzmittel auf 8.5 Millionen vorsieht, den Vorzug zu geben als der SP-Initiative. Doch das grundsätzliche Problem der Energiepolitik ist damit vorläufig nicht gelöst.

Joel Drittenbass
Junge Grünliberale